



Abstimmungsvorlage

Eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Ausgangslage

Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ist am 21. Juni 2018 eingereicht worden. Sie verlangt eine Ergänzung der Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 107a. Dieser Artikel will der Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge (Pensionskassen, AHV, IV, ...) verbieten, Kriegsmaterialproduzenten zu finanzieren. Als Kriegsmaterialproduzenten gelten nach diesem Artikel Firmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Zudem will die Initiative, dass sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzt, dass solche Bedingungen auch für Banken und Versicherungen gelten. Der Initiative wurde kein Gegenentwurf entgegengestellt.

Initiative im Wortlaut

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

1 Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

2 Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

3 Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

a die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten

b die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertschriften, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;

c der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

4 Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Hintergrund

Die Initiative wurde durch die GSoA und die Jungen Grünen lanciert. In den Medien wurde sie durch die 86-jährige Friedensaktivistin bekannt, die die Worte «Geld für Waffen tötet» an die Bauwand der Nationalbank sprayte. Für einen Gegenvorschlag setzten sich im Nationalrat vergeblich Grüne, SP, GLP und die EVP ein.

Empfehlung

Bundesrat, Nationalrat (71:120) und Ständerat (13:32) empfehlen eine Ablehnung der Initiative. Für die Initiative haben sich nur Grüne und SP, sowie die Ratsmitglieder der EVP eingesetzt.

Argumente

Pro kriegsgeschaefte.ch	Kontra FDP, SVP, CVP, Bundesrat
<ul style="list-style-type: none">• Fluchtursachen bekämpfen Seit dem 2. Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Der Grossteil der Menschen flüchtet vor aktuellen Kriegen oder den Folgen vergangener Konflikte. Die Rüstungsindustrie profitiert von diesen Konflikten und heizt sie mit ihren Waffenlieferungen zusätzlich an. Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.• Beitrag für eine friedlichere Welt Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Kriegsmaterialproduzenten profitieren vom Verkauf von Waffen, welche dann in Kriegsgebieten Menschen töten. Die Schweiz als grosser und wichtiger Finanzplatz spielt dabei eine entscheidende Rolle: Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod. Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» wird diesem Treiben (zumindest Teilweise) ein Riegel geschoben.• Kriegsmaterialfinanzierung steht im Widerspruch zur Neutralität Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind Grundwerte unseres Landes. Wenn aber Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für welche die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, ist dies ein Widerspruch. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig.	<ul style="list-style-type: none">• Die Initiative wäre schädlich Die berufliche und staatliche Vorsorge, die mit Blick auf die Demographie und das Zinsniveau vor grossen Herausforderungen steht, würde dadurch noch mehr belastet. Das Finanzierungsverbot stellt einen starken Eingriff in die verwalteten Privatvermögen dar, da ihnen international gängige Anlagemöglichkeiten verwehrt bleiben.• Schaden für die Schweizer Industrie Vor allem den hiesigen KMU der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) würde der Zugang zu Krediten erschwert, wenn sie Teil einer Zulieferkette für Rüstungsbetriebe im In- oder Ausland sind. Die MEM-Industrie, die zum Teil betroffen wäre, beschäftigt etwa 320 000 Angestellte in der Schweiz und erwirtschaftet 7,3 Prozent (2017) des BIP.• Die Unabhängigkeit der Nationalbank wird angegriffen Die Initiative stellt die Unabhängigkeit der SNB in Frage, weil sie deren marktschonende und marktneutrale Investitionspolitik verunmöglicht. Sie würde darüber hinaus einen Präzedenzfall für weitere Auflagen schaffen.• Die Initiative wäre wirkungslos Ein weltweites Finanzierungsverbot für Investitionen in die Rüstungsindustrie ist nicht realistisch. Weder im Rahmen der UNO noch in anderen internationalen Gremien besteht der Wille für ein derartiges Vorhaben. Ein Finanzierungsverbot in der Schweiz würde mangels Einflusses auf globales Angebot und globale Nachfrage von Kriegsmaterial keine Wirkung erzielen.